



## **Das Jahr 2005 - Wendezeit für die Forstwirtschaft**

- Renaissance der nachwachsenden Rohstoffe
- Regierungswechsel stärkt Erwartung für neue Forstpolitik
- Große Hoffnung für die Bündelung der Verbandsarbeit

(Stephan Schütte, Geschäftsführer des Deutschen Forstwirtschaftsrates)

**Das abgelaufene Jahr 2005 endet für die Forstwirtschaft völlig anders als zu Jahresbeginn erwartet. Die größte positive Veränderung bestand in der Renaissance der nachwachsenden Rohstoffe. Ausgelöst durch die weltweite starke Nachfrage insbesondere aus dem asiatischen Raum sind die Preise für viele Rohstoffe sehr stark gestiegen. Stahl – und Ölpreis haben sich im vergangenen Jahr fast verdoppelt und im Sog dieses Preisanstiegs konnten sich auch die Holzpreise nach oben bewegen. Holz hat gegenüber den Konkurrenzbaustoffen erheblich an Boden gewonnen. Durch die hohen Energiekosten ist die Nachfrage nach Brennholz und Hackschnitzeln drastisch gestiegen.**

**Unerwartet waren auch die vorgezogenen Neuwahlen zum Deutschen Bundestag und die Bildung einer neuen Bundesregierung. Dieser Politikwechsel wurde durch den Wahlsieg der CDU bei den Landtagswahlen in NRW am 22.05.05 ausgelöst. Die einseitig zu Gunsten des Naturschutzes geplante Novellierung des Bundeswaldgesetzes konnte nicht mehr umgesetzt werden. Mit dem Regierungswechsel und dem neuen Ressortminister Horst Seehofer verknüpft sich die Erwartung, dass die Forstpolitik des Bundes wird wieder durch mehr Ausgewogenheit geprägt sein wird.**

**Der DHWR und der DFWR haben mit den Beschlüssen auf ihren Mitgliederversammlungen im Oktober bzw. November den Weg für die zukünftige Optimierung der Verbandslandschaft geebnet. Mit der Ankündigung des DHWR über die Errichtung eines Hauses der Forst- und Holzwirtschaft in Berlin sowie dem klaren Bekenntnis des DFWR zur Schaffung eines Clusters Forst & Holz in der Verbandslandschaft wurden wichtige Weichen für die verbandspolitische Zukunft gestellt.**

### **Gestiegene Absatzchancen für Holz nutzen**

Ausgelöst durch die weltweit stark gestiegene Nachfrage insbesondere aus dem asiatischen Raum sind die Preise für viele Rohstoffe sehr stark gestiegen. Stahl – und Ölpreis haben sich im vergangenen Jahr fast verdoppelt. Im Sog dieses Preisanstiegs konnten sich auch die Holzpreise nach langer Stagnationsphase wieder leicht nach oben bewegen. Die starken Preissteigerungen insbesondere für die fossilen Rohstoffe haben in der Gesellschaft zu einem Bewusstseinswandel geführt und die Rolle der nachwachsenden Rohstoffe und damit auch die Bedeutung von Holz als Baustoff deutlich gestärkt. Durch die hohen Energiekosten ist die Nachfrage nach Brennholz und Hackschnitzeln drastisch gestiegen. Gestützt durch staatliche Förderung herrscht ein regelrechter Boom für Holzheizanlagen vom kleinen Pelletofen bis hin zum

Holzheizkraftwerk. Die Zellstoff-, Papier- und Holzwerkstoffindustrie äußert mittlerweile erste Sorgen um die Sicherung ihrer Rohstoffversorgung für den Fall, dass die energetische Nutzung von Biomasse weiter zunimmt. Durch die Bundeswaldinventur 2 (BWI<sup>2</sup>) ist eindrucksvoll belegt, dass in unseren Wäldern ausreichend Holz zur Nutzung bereit steht, um die Papier- und Holzwerkstoffindustrie dauerhaft ausreichend zu versorgen. Für die Forstwirtschaft ist diese gesteigerte Nachfrage positiv, schafft sie doch die Voraussetzung dafür, das qualitätsmäßig geringwertige Sortiment, die insbesondere bei der Laubholzwirtschaft anfallen, problemlos vermarktet werden können. Dabei sollte aber folgender der Grundsatz gelten: Stoffliche Verwertung hat Vorrang vor der energetischen Verwertung!

### **Holz mobilisieren**

Die größten Nutzungsreserven befinden sich deutschlandweit im kleinparzellierten Privatwald. Daher sind dringend Maßnahmen zur Überwindung der strukturellen Nachteile im nichtstaatlichen Waldbesitz erforderlich, um die großen Absatzchancen für Holz zu nutzen. Auch wenn die gestiegenen Holzpreise die Mobilisierung erleichtern, so sind doch weitere grundsätzliche Maßnahmen nötig, um die Hemmnisse in der Praxis der forstlichen Bewirtschaftung zu überwinden. Dazu sind in erster Linie die forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse weiter zu stärken. Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung findet sich diese zentrale Zukunftsaufgabe wieder, in dem „Maßnahmen ergriffen werden, um strukturelle Nachteile insbesondere im nichtstaatlicher Forstbetriebe zu überwinden.“ Die Bildung von Holzvermarktungszusammenschlüssen wurde im abgelaufenen Jahr vielerorts diskutiert und in einigen Fällen erfolgreich umgesetzt. Diesen Weg gilt es fortzuführen. Neue Formen von forstwirtschaftlicher Zusammenarbeit sind zu konzipieren und auszuprobieren. Ergänzend können Waldflurbereinigungen einen wichtigen Beitrag leisten.

### **Reformdruck ungebrochen**

Trotz der gestiegenen Absatzchancen und des zu verzeichnenden Preisanstiegs für Holz wird vor dem Hintergrund der globalen Märkte der wirtschaftliche Druck auf die Forstbetriebe weiter anhalten. Die Waldbesitzer werden hierauf unterschiedlich reagieren. Im Kleinprivatwald darf sich der Trend des Rückzugs aus der Bewirtschaftung nicht weiter fortsetzen. Vielmehr ist diesem Druck durch die Stärkung der forstlichen Zusammenschlüsse zu begegnen. Die großen Forstbetriebe werden bleibenden Kostendruck weiter mit Extensivierung und Rationalisierung beantworten. Dies wird zu einem weiteren Abbau des forstbetrieblichen Personals führen. Die leeren öffentlichen Kassen führen zu weiterem Reformdruck in den Landesforstverwaltungen. Wir erleben z. Zt. die gravierensten Veränderungen seit deren Bestehen. Bayern und Niedersachsen haben den Weg der Bildung eines eigenen Landesbetriebes für den Staatswald im laufenden Jahr eingeschlagen. In den anderen Ländern finden die Reformdiskussionen kein Ende. Die Ergebnisse der ersten Jahresbilanzen aus Niedersachsen und Bayern werden mit Spannung erwartet.

Mit dem Ziel der Ertragssteigerung erleben wir die Rückbesinnung auf das Nadelholz und vereinzelt auch die Forderung nach einer Verkürzung der Umtriebszeit, um die Risikokosten zu minimieren. Die Auswirkungen des prognostizieren Klimawandels für die Forstwirtschaft sind schwierig vorherzusehen. Im Zentrum des zukünftigen Handelns sollte trotz der vielen offenen Fragen aber nach

wie vor die waldbauliche Stabilität stehen, die ein zentraler Garant für nachhaltig wirtschaftlich erfolgreiche Forstbetriebe bildet. Trotz des ökonomischen Drucks muss die Qualität der Waldbewirtschaftung erhalten werden auf der Basis einer multifunktionalen Waldwirtschaft mit integrativem Ansatz. Dieses bildet die Grundlage der gesellschaftlichen Akzeptanz der forstlichen Arbeit. Zusätzlich sind für die sozialen und ökologischen Leistungen der Forstbetriebe und des Waldes von der Politik staatliche Ausgleichszahlungen einzufordern, um vorhandene wirtschaftlichen Einschränkungen auszugleichen.

Wie sehr die Globalisierung mittlerweile auch die deutsche Forst- und Holzwirtschaft prägt, wird daran erkennbar, dass im vergangenen Jahr mehr als 1/3 der deutschen Nadel-schnittholzproduktion exportiert wurde. So erfreulich die guten Absatzchancen im Nadelholz sind, so schwierig ist nach wie vor die Lage im Laubholz. Wie die BWI<sup>2</sup> deutlich aufgezeigt hat, wird das Potential der Wälder bei weitem nicht ausgenutzt. Während qualitativ gutes Stammholz sehr gut absetzbar ist, ist die Nachfrage nach qualitätsmäßig geringerwertigem Laubholz seit Jahren völlig unzureichend. Daher müssen möglichst schnell Verbesserungen bei der Laubholzvermarktung erreicht werden. Hierin liegt eine zentrale Aufgabe der Charta für Holz. Durch eine verstärkte Forschung und den sich daraus ergebenden neuen Holzprodukten aus Laubholz muss ein Weg aus der Laubholzkrise gefunden werden. Forst- und Holzwirtschaft müssen gemeinsam an diesem Ziel arbeiten. Die im kommenden Jahr geplante Fachtagung Laubholz des DFWR soll ein wichtiger Schritt dazu sein.

### **Regierungswechsel stoppt Novellierung des Bundeswaldgesetzes**

Die alte rot-grüne Bundesregierung war fest entschlossen, dass Bundeswaldgesetz durch die verpflichtende Einführung von Naturschutzmaßnahmen zu Lasten von Waldbesitz und Forstwirtschaft zu ändern. Dies hätte gravierende ökonomische Folgen für die Forstwirtschaft zur Folge gehabt. Die Verpflichtung zum Aufbau standortgemäßer Mischwälder hätte trotz der Bevorzugung natürlicher Verjüngungen hohe Investitionen seitens der Forstbetriebe erfordert, da aus forstgeschichtlichen Gründen vielerorts noch einschichtige Reinbestände vorherrschen. Außerdem wären die Ertragsmöglichkeiten durch den verpflichtenden Anbau eines hinreichenden Anteils standortheimischer Baumarten stark eingeschränkt worden, da die Reinerträge der einzelnen Baumarten sehr unterschiedlich sind. Auch wäre durch die Festlegung der Kriterien einer ordnungsgemäßen und nachhaltigen Waldbewirtschaftung die Einnahmemöglichkeiten der Forstbetriebe aus Fördermitteln, Ökokonten, Vertragsnaturschutz oder Wasserschutzdienstleistungen ausgehebelt worden. Zusätzlich hätte die geplante Gesetzesnovellierung das forstpolitische Leitmotiv „Freiwillige Regelung vor Ordnungsrecht“ – wie dieses wird auch ausdrücklich im Nationalen Waldprogramm festgeschrieben ist – konterkariert. Zwar ist im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung auch wieder die Novellierung des Bundeswaldgesetzes festgeschrieben, doch der einführende Hinweis, dass sich das Bundeswaldgesetz grundsätzlich bewährt hat, stimmt zuversichtlich. Erfreulich ist, dass die Bundesregierung sich im Koalitionsvertrag ausdrücklich zur Umsetzung der Charta für Holz bekennt. Jetzt müssen weitere konkrete Schritte folgen, um das Ziel der Charta, den Holzverbrauch in Deutschland in den nächsten 10 Jahren um 20 % zu steigern, auch zu erreichen.

## **Große Hoffnung für die Optimierung der Verbandsarbeit**

Mit der Ankündigung des DHWR über die Errichtung eines Hauses der Forst- und Holzwirtschaft in Berlin sowie dem klaren Bekenntnis des DFWR zur Schaffung eines Clusters Forst & Holz in der Verbandslandschaft wurden in den letzten Monaten wichtige Weichen für die verbandspolitische Zukunft gestellt. Jetzt gilt es, die aufs Gleis gesetzten Züge deutlich in Fahrt zu bringen, um die verbandspolitische Zersplitterung zu überwinden und als Cluster Forst & Holz gemeinsam die anstehenden Zukunftsaufgaben zu lösen. Dabei sollte ein Blick über den südöstlichen Tellerrand nach Österreich helfen. Mit dem am 11. Nov. 2005 geschlossenen Kooperationsabkommens Forst-Holz-Papier (FHP) aus Holz in einer Plattform vertreten sein.